

Ein Stachel im Fleisch der Befürworter

Heftige Podiumsdiskussion im Hans-Otto-Theater über die Plakatklebeaktion gegen die Garnisonkirche

Von Carsten Holm

Potsdam. Für Anna Lüdcke und Rainer Dallwig, beide für die CDU-Fraktion im Kulturausschuss der Stadtverordneten, muss es gewesen sein wie ein Gang in die Höhle hungriger, knurrender Löwen: Am späten Samstagabend saßen sie im Glasfoyer des Hans-Otto-Theaters auf Einladung der Intendantin Bettina Jahnke und debattierten über den Umgang der städtischen Bühne mit einer kritischen Plakataktion von Gegnern der Garnisonkirche. Unter den knapp 100 Zuhörern war es wohl allenfalls ein Dutzend, das den beiden Christdemokraten nahestand.

Die massive Gegnerschaft der meisten wurde schnell deutlich. Nach dem Ende der begeistert beklatschten Aufführung von Jean-Paul Sartres Klassiker „Die schmutzigen Hände“ vor 440 Zuschauern, in dem es um die Abrechnung mit den Irrtümern jedweder Ideologien geht, hatten einige nicht mehr genügend Kraft, Andersdenkenden zuzuhören: Mit Zwischenrufen versuchten sie, Lüdcke und Dallwig zu unterbrechen, laut lachten sie auf, als Lüdcke versicherte, sie mache sich „Sorgen um den politischen Diskurs“. Und eher mitleidig lächelten sie, als die Christdemokratin, eine Liberale in ihrer Partei, das völlig überflüssige Bekenntnis abgab, sie sei „ganz sicher kein Nazi“ – sie

„
Was erwarten Sie vom Theater? Sollen wir die Schnauze halten und nur noch Komödien spielen, in denen sich Paare streiten?

Paul Sies,
Schauspieler am Hans-Otto-Theater

gehöre als Fördervereinsmitglied aber zu den vielen Potsdamern, die sich für die Garnisonkirche engagieren, weil sie zum Beispiel die Stadtmitte wiederherstellen wollen oder Christen seien: „Die wollen nicht in die Nazi-Ecke gedrängt werden.“

Allerdings hatte die Potsdamer CDU erheblich dazu beigetragen, dass die neueste Wendung in dem endlos scheinenden Konflikt um den Wiederaufbau der 1968 auf Geheiß der SED-Oberen gesprengten Kirche im Potsdamer Zentrum so eskalierte, dass „ein Hass durchkommt, wenn man sich positioniert“ (Lüdcke). Doch die Christdemokraten schlugen sich in der Höhle der Löwen tapfer und eloquent. Immer-

hin: Entschieden distanzierten sie sich von der Forderung des CDU-Kreischefs Oliver Nill, die Förderung des Theaters infrage zu stellen, wenn sich das Theater nicht von der Plakataktion distanzieren.

Christopher Hanf, Dramaturg des Stücks, rekapitulierte als Moderator das Geschehen: Auf einem Twitter-Account mit dem Namen „Antifa“ seien Anfang Dezember Fotos von überklebten Werbeplakaten des Theaters für das Sartre-Stück erschienen, Aktivisten aus dem Umfeld der linksorientierten Potsdamer Initiative „Stadt für alle“ hätten unter dem Titel des Theaterstücks ein Foto platziert, das den neu gewählten Reichskanzler Adolf Hitler zeigt, wie er sich am 31. März 1933, dem „Tag von Potsdam“, vor dem nationalkonservativen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg verneigt – eine Inszenierung der Nazis. Der Text von „Stadt für alle“ dazu: „Rechte Wallfahrtsorte verhindern. Reichenzentrum erhalten.“

Bettina Jahnke verteidigte im Glasfoyer ihre Haltung, die Plakataktion zu dulden: „Wir meinen, dass ziviler Widerstand wichtig ist und in einer Demokratie möglich sein muss. Die Leute ha-

ben sich Gedanken gemacht. Das erfordert von mir erst mal Respekt.“ CDU-Mann Dallwig klagte über die Wirkung der Plakataktion: „Einige, vermutlich sehr viele Leute, fühlen sich verletzt. Sie sagen, sie fühlen sich persönlich angegriffen.“ Es sei ein Leichtes zu fragen, wer für die Garnisonkirche plädiere und zu sagen: „Diese Leute jagen wir jetzt mal.“ So stehe auch sein Name auf einem Ziegel, den er für den Wiederaufbau gespendet habe. Intendantin Jahnke („Viele Bürger fühlen sich von sechs Plakaten in der Stadt verletzt und gehetzt?“) mühte sich um die angemessene Bewertung des Geschehens: Das Theater habe rund 130 Plakate für „Die schmutzigen Hände“ geklebt, sechs seien überklebt worden: „Wir müssen die Kirche doch mal im Dorf lassen“.

Auch Paul Sies, eben noch als Schauspieler auf der Bühne, verteidigte auf dem Podium die Plakatklebeaktion. Sie sei „kein Vandalismus, sondern eine auf das Stück bezogene, künstlerische Aktion“. Scharf wies er das Ansinnen der CDU zurück, eine weitere Förderung des Theaters von einer Entschuldigung abhängig

zu machen: „Was erwarten Sie vom Theater? Sollen wir komplett die Schnauze halten und nur noch Komödien spielen, in denen sich Paare streiten? Ich finde das krass am rechten Kulturkampf.“ Sies machte noch einen wichtigen Punkt: „Die Kunstfreiheit erlischt nicht durch staatliche Trägerschaft.“

CDU-Mann Rainer Dallwig ging einen halben Schritt auf ihn zu: Die Partei habe „nicht gefordert, dass Sie sich politisch neutral verhalten sollen“. Er lehne allerdings „rechts-verletzenden Aktivismus“ wie die Plakataktion ab, die „ein Aufwiegen, ein Stachel im Fleisch der Leute“ sei, die die Garnisonkirche unterstützen. Zwischenruf von der Treppe: „Zeig doch mal den Paragraphen! Sag doch mal, gegen welches Gesetz hier verstoßen wird!“

Lutz Boede, Fraktionsgeschäftsführer der Wählergruppe „Die Andere“, erinnerte daran, wie hart der Kampf gegen Bürgerschaftler und rechtsradikale Militärverbände war, die seit 1990 versuchten, im Rahmen der Wiederaufbaupläne in Potsdam Fuß zu fassen: „Sie jagten Punker durch die Straßen, dieser Terror war eine Bedrohung.“ Jetzt hätten es sich die Befürworter der Garnisonkirche „gemütlich gemacht in ihrer Welt“. Sie müssten „nur mal unangenehme Meinungen aus der Bevölkerung aushalten“. Boede: „Ich finde, das ist ihnen zuzumuten.“



Dieses überklebte Theaterplakat löste die Debatte aus. FOTO: JULIUS FRICK



Vlnr: Rainer Dallwig, Anna Lüdcke (Kulturausschuss, CDU Potsdam), Moderator Christopher Hanf (Dramaturg am HOT), Schauspieler Paul Sies, Intendantin Bettina Jahnke (Hans Otto Theater)

POTSDAMER

NEUESTE NACHRICHTEN

CDU will „20.000 Stimmen mehr“ Neuanfang mit altem Chef

Von Kay Grimmer

Potsdams CDU will wieder einmal einen Neuanfang wagen – allerdings mit altbekannten Gesichtern: Partei-Urgestein Wieland Niekisch stellte sich als bislang einziger Kandidat für den Kreisvorsitz am Freitagabend beim Neujahrsempfang der Babelsberger CDU im Kulturhaus Babelsberg vor.

Er wolle die Partei bei den Kommunalwahlen 2024 wieder an die 20 Prozent heranführen und die Zahl der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung damit deutlich erhöhen, sagte Niekisch, der bereits von 1995 bis 2008 Potsdams CDU-Kreischef war, den PNN. Ein 20-Prozent-Ergebnis würde fast eine Verdopplung des CDU-Resultats der vergangenen Kommunalwahlen im Jahr 2019 bedeuten. Damals sackte die notorisch zerstrittene Partei auf 12,4 Prozent ab. Nach dem Austritt des früheren Kreisvorsitzenden Götz Th. Friederich zählt die Fraktion sechs Stadtverordnete. 2024 wählt Potsdam ein neues Kommunalparlament.

CDU will sich wieder als Volkspartei fühlen

CDU-Mitglied Rainer Dallwig, der zu Niekischs Team für den Kreisvorstand gehört, sagte bei seiner Vorstellung am Freitag: „Wir brauchen bei der nächsten Kommunalwahl 20.000 Stimmen mehr, nur dann können wir uns wieder als Volkspartei in Potsdam fühlen.“

2019 bekam die CDU gerade einmal rund 32.000 Stimmen. Zum Vergleich: Selbst als Siegerin der Kommunalwahl 2019 in Potsdam hatte die SPD keine 50.000 Stimmen geholt.

Niekisch sagte zu seiner Motivation, den Kreisverband erneut zu führen: „Ich würde gern einige Dinge zu Ende bringen, für die ich bis 2008 keine Zeit mehr hatte.“ Seinerzeit musste sich Niekisch nach langen Querelen zurückziehen, weil er das Vertrauen einer Mehrheit der Partei verloren hatte. Hintergrund war auch ein damals bekannt gewordener Beratervertrag Niekischs mit einem privaten Schulträger, für den sich der Politiker eingesetzt hatte.

Niekisch: „Mein Ehrgeiz und Ziel ist Potsdam“

„Ich will nicht nach Europa oder Richtung Land oder Bund, mein Ehrgeiz und Ziel ist Potsdam“, so der CDU-Lokalpolitiker, der im Februar in Pension gehen will. Niekisch leitet bislang das Zentrum für Zeitgeschichte der Polizei an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg.

Seine inhaltlichen Ziele stellte Niekisch schlaglichtartig vor. Eines der wichtigsten Themen für ihn: Der Verkehr: „Es gibt die Krise um die Anbindung des neuen Stadtteils Krampnitz“, sagte er. Außerdem sei im Südosten der Stadt auch der Verkehr durch geplante neue Bauprojekte ein akutes Thema. Sowohl der Libeskind-Bau in der Medienstadt Babelsberg als auch die angedachten

Hochhäuser am Stern-Center würden Verkehrsströme beeinflussen. „Da brauchen wir – auch mit der Wissenschaft – Ideen“, so Niekisch. Er sprach sich zudem für ein weiteres Gymnasium in der Stadt aus – auf einen konkreten Standort ließ er sich jedoch nicht festlegen.

Prüfauftrag für neue Sportstätte am Lustgarten

Außerdem sind dem CDU-Politiker die Sportstätten wichtig. „Wir müssen für mehr Sportplätze hier und da auch mal Abstriche machen“, so der Stadtverordnete, der auch Vorsitzender des Potsdamer Bauausschusses ist. Ganz konkret wurde er bei der Prüfung einer neuen Sportfläche in der Innenstadt. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch will die CDU einen Prüfantrag stellen, ob eine Sportfläche im hinteren Teil des Lustgartens am Gelände des Innenministeriums abgeteilt und als Sportfläche umgestaltet werden kann.

Niekisch stellte am Freitag auch sein 14-köpfiges Team für den Kreisvorstand vor. Neben der Babelsberger CDU-Vorsitzenden Tanja Mutschischk und dem bereits amtierenden stellvertretenden Kreisverbandsvorsitzenden Bernhard Stehfest gehören dazu unter anderen die Stadtverordnete Anna Lüdcke und Clemens Viehrig und der sachkundige Einwohnervertreter für die CDU im Bauausschuss Willo Göpel. Am 11. Februar soll die neue Kreisführung gewählt werden.

Plakat-Streit CDU und Theater diskutierten die Kunstfreiheit

Von Henrl Kramer

Die für eine Aktion gegen die Garnisonkirche gekaperten Plakate des Hans Otto Theaters (HOT) haben am Samstagabend für eine kontroverse Podiumsdebatte in dem Schauspielhaus gesorgt. Dabei distanzieren sich die zwei kommunalen CDU-Kulturpolitiker Anna Lüdtkke und Rainer Dallwig von der Forderung ihres vor dem Abschied stehenden Unionskreischefs Oliver Nill, der so gar die Förderung des Theaters in frage gestellt hatte. Diese Meinung komme aus einer „anderen Ecke“ der Union, sagte Dallwig, ohne Nill zu nennen. Zuvor hatte HOT Schauspieler Paul Sies vor allem Nills Forderung kritisiert: „Die Kunstfreiheit endet nicht mit der staatlichen Trägerschaft.“

Der Anlass der Debatte: Linke Aktivisten hatten Anfang Dezember mehrere Plakate zum Stück „Die schmutzigen Hände“ mit einer Botschaft gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche versehen: Solche rechten Wallfahrtsorte müssten verhindert werden. HOT-Intendantin Bettina Jahnke ging nicht gegen die Aktion vor. Lüdtkke und Dallwig forderten wegen Jahnkes öffentlich erklärten Duldung eine Entschuldigung - und bekamen die Diskussion.

Beide betonten, dass die Duldung der Aktion durch das Theater nicht gutzuheißen sei, weil so

Die Plakat-Debatte

- Im Dezember versah die **Initiative „Stadt für alle“** ein Plakat zum Stück „Die schmutzigen Hände“ mit einer Botschaft gegen den Wiederaufbau der **Garnisonkirche**.
- Intendantin **Jahnke** duldete die Aktion; CDU-Politiker Lüdtkke und Dallwig forderten eine Entschuldigung.
- Jahnke lud zu einer **Diskussion** ein.



Diskutanten im Hans Otto Theater: CDU-Politikerin Anna Lüdtkke, Moderator Christopher Hanf, Schauspieler Paul Sies und Intendantin Bettina Jahnke.

die Gefühle von Anhängern des umstrittenen Wiederaufbauprojekts verletzt worden seien, diese sich als Nazis verunglimpft sähen. HOT-Intendantin Bettina Jahnke und Schauspieler Sies betonten hingegen die Kunstfreiheit und dass Theater eine politische Haltung einnehmen dürfe und müsse.

Jahnke betonte, es seien nur sechs von 130 Plakaten überklebt worden: „Lassen Sie die Kirche im Dorf!“ Ob sie diese Plakate denn hätte abreißen sollen, obwohl das HOT für Haltung, Offenheit und Toleranz stehe, fragte sie. Das sorgte für Applaus. Aus dem Publikum - knapp 100 Gäste - sagte Lutz Boede von der linken Wählergruppe Die Andere, unangenehme Meinungen aus der Bevölkerung seien den Befürwortern der Garnisonkirche zuzumuten.

Lüdtkke erwiderte, dass durch solche Aktionen Debatten noch polarisierter geführt würden. Ein Theater müsse nicht neutral sein, so Dallwig - sollte aber auch keinen rechtsverletzenden Aktivismus unterstützen. Zudem sei mit den einige Wochen lang sichtbaren Plakaten nicht für das Theater geworben worden: Gegner der Aktion hätten sich daher gefragt, warum Steuergeld für Werbung gegen die Garnisonkirche fehlgeleitet worden sei. Ziviler Widerstand über Kunst müsse in einer Demokratie möglich sein, entgegnete Jahnke. Kunst dürfe zum Widerspruch einladen. Ein Zeichen für den Dialog, der an diesem Abend, mehrfach beschworen wurde: Jahnke selbst sei nun in den im Bau befindlichen Turm der Garnisonkirche eingeladen worden.

TAGESSPIEGEL

POTSDAMER
NEUESTE NACHRICHTEN



Intendantin Bettina Jahnke (Hans Otto Theater)

© Henri Kramer

Debatte nach Aktion gegen Garnisonkirche: CDU-Vertreter distanzieren sich von Förderstopp-Drohung gegen Theater

Am Samstagabend ist im Hans Otto Theater über gekaperte Werbeplakate kontrovers diskutiert worden. Viele Gemeinsamkeiten gab es nicht. Von [Henri Kramer](#)

Die für eine [Aktion gegen die Garnisonkirche gekaperten Plakate des Hans Otto Theaters \(HOT\)](#) haben am Samstagabend (21.1.) für eine kontroverse Podiumsdebatte in dem Schauspielhaus gesorgt. Dabei distanzierten sich die zwei kommunalen CDU-Kulturpolitiker Anna Lüdtkke und Rainer Dallwig von der Forderung ihres vor dem Abschied stehenden Unionskreischefs Oliver Nill, der sogar die Förderung des Theaters infrage gestellt hatte. Diese Meinung komme aus einer „anderen Ecke“ der Union, sagte Dallwig, ohne Nill zu nennen. Zuvor hatte HOT-Schauspieler Paul Sies vor allem Nills Forderung kritisiert: „Die Kunstfreiheit endet nicht mit der staatlichen Trägerschaft.“

Der Anlass der Debatte: [Linke Aktivisten hatten Anfang Dezember mehrere Plakate zum Stück „Die schmutzigen Hände“ mit einer Botschaft gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche versehen](#): Solche rechten Wallfahrtsorte müssten verhindert werden. Die Bilder gingen durch die sozialen Netzwerke. HOT-Intendantin Bettina Jahnke ging aber nicht gegen die Aktion vor. Lüdtkke und Dallwig forderten wegen dieser öffentlich erklärten Duldung in einem Brief eine Entschuldigung - und bekamen die Diskussion am Samstag.

Beide betonten, dass die Duldung der Aktion durch das Theater nicht gutzuheißen sei, weil so die Gefühle von Anhängern des umstrittenen Wiederaufbauprojekts verletzt worden seien, diese sich als Nazis verunglimpft sähen. Ihre Antipoden, HOT-Intendantin Bettina Jahnke und Schauspieler Sies, betonten hingegen die Kunstfreiheit und die politische Haltung, die ein Theater einnehmen dürfe und müsse. Jahnke betonte, es seien nur sechs von 130 Plakaten überklebt worden: „Lassen Sie die Kirche im Dorf!“ Ob sie diese Plakate denn hätte abreißen sollen, obwohl das HOT für Haltung, Offenheit und Toleranz stehe?, fragte sie. Das sorgte für Applaus. Schauspieler Sies warnte in Richtung CDU, das Einnehmen von Opferrollen helfe niemandem. Aus dem Publikum - knapp 100 Gäste - sagte Lutz Boede von der linken Wählergruppe Die Andere, unangenehme Meinungen aus der Bevölkerung seien den Befürwortern der Garnisonkirche zuzumuten.

Lüdtkke hingegen äußerte sich besorgt um den politische Diskurs und sagte, dass durch solche Aktionen Debatten noch polarisierter geführt würden. Ein Theater müsse nicht neutral sein, so Dallwig - sollte aber auch keinen rechtsverletzenden Aktivismus unterstützen. Zudem rechnete er vor, dass mit den einige Wochen lang sichtbaren Plakaten eben nicht für das Theater geworben wurde. Gegner der Aktion hätten sich gefragt, warum so Steuergeld für Werbung gegen die Garnisonkirche fehlgeleitet worden sei.

Ziviler Widerstand müsse mit so einer Art Kunstaktion in einer Demokratie möglich sein, erwiderte Jahnke - und Kunst dürfe auch zum Widerspruch einladen. Ein weiteres Zeichen für den nötigen Dialog, der an diesem Abend mehrfach beschworen wurde: Sie selbst sei nun in den noch im Bau befindlichen Turm der Garnisonkirche eingeladen worden, so die Intendantin.

Und: Nach Veröffentlichung dieses Textes teilte der CDU-Fraktionschef Matthias Finken den PNN mit, an der Aktion der Stadtverordneten Lüdtkke und von Dallwig habe die Stadtfraktion keinen Anteil.